



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

ABK

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21231-33

Fernschreiber 0886090

P/XII/66 - 20. März 1957

## Truppenrückzug in Etappen

sp - Den ohne Zweifel seit Suez schwer angeschlagenen Briten ist ein diplomatischer Meisterstreich gelungen. Sie kassieren nicht nur im Vergleich zum Vorjahr von einer gebefreudigen Bundesregierung erhöhte Stationierungskosten ein, sie setzten auch, wenn auch nicht in dem beabsichtigten Umfange, ihr Vorhaben durch, die in der Bundesrepublik stationierten Truppen zunächst um 13 500 Mann bis zum März nächsten Jahres zu verringern. Das ist das Kernstück der Londoner Vereinbarung, die nach vielen Feilschen zustande kam, deren Ergebnis jedoch von Anfang an nicht im Zweifel stand. Die Briten erwiesen sich als die zäheren Verhandlungspartner. Bonner Beschwörungen, doch von ihren Plänen abzulassen, blieben ohne besondere Wirkung. Bonn muss nun für weniger britische Soldaten mehr bezahlen - das ist die schlichte Tatsache, an der sich nichts deuteln lässt.

Die britische Regierung handelte von ihrem Standpunkt aus durchaus konsequent, ohne lange danach zu fragen, ob durch ihren Truppenabzug nicht eine wesentliche Lücke im Verteidigungssystem der NATO aufgerissen wird. Für die Verringerung ihrer Truppen sprach und spricht der Umstand, dass Grossbritannien nicht mehr in der Lage ist, die erdrückende Bürde der Finanzierung für atomare und konventionelle Waffen zu tragen. Es kann nur das Eine tun und muss das Andere lassen. London hat sich für die atomare Bewaffnung seiner Truppen entschieden. Dazu braucht es keine Riesenarmee. Es hat den Ehrgeiz, die dritte Atommacht zu werden, was zwangsläufig zu einer folgenschweren Gewichtsverschiebung in Europa führen und die bisherige Arbeits- und Aufgabenverteilung innerhalb der NATO radikal verändern muss. Im Rahmen einer solchen Strategie bleibt den europäischen Mitgliedsstaaten der NATO nur die Stellung eines Fussvolkes überlassen, wozu die Bundesrepublik das Hauptkontingent zu stellen hat.

Die Bundesregierung versucht sich und die Öffentlichkeit damit zu trösten, es handele sich bei diesem Truppenabzug um "Verwaltungseinheiten" ohne jeden Kampfwert. Welch schwacher Trost... Die Briten betrachten diesen Abzug als erste Etappe, weitere werden folgen. Wenn sich Bonn noch kürzlich der Hoffnung hingab, der Abzug westlicher Truppen aus dem Bundesgebiet werde einst Verhandlungsgegenstand zwischen Westen und Osten in der Deutschlandfrage sein, sieht es sich nun gründlich getäuscht. Vor unser aller Augen wird die vielzitierte "militärisch verdünnte Zone" Wirklichkeit, ohne dass dafür eine sowjet-russische Gegenleistung in der Deutschlandfrage erfolgt - auch das ist das Ergebnis einer Politik, bei der Weitsicht nicht Pate stand.

Von Canberra zu den Bermudas

New York, Mitte März

Im vergangenen Herbst ist die enge und vertrauensvolle amerikanisch-britische Allianz in die Brüche gegangen - und trotz vieler Versuche hüben und drüben scheint sie so recht noch nicht wieder hergestellt zu sein. Nebelschwaden des Misstrauens, des Unbehagens, der Besorgnis und der verdächtigen Hintergedanken schweben über den Bermuda-Inseln, wo die beiden Regierungschefs Eisenhower und Macmillan versuchen wollen, zu kitten und zu leimen, was nur gekittet und geleimt werden kann. Auch wenn man unterstellt, dass das psychologische "Malaise" zwischen beiden Ländern beseitigt oder reduziert werden kann, etwa auf dem Wege freundschaftlicher Gesten, wie Präsident Eisenhower es gern zu tun pflegt, - dann bleiben die harten Tatsachen sachlicher Meinungsverschiedenheiten über die Lösung der Suezkrise und die Behandlung Ägyptens und es bleibt das schwierige Problem der Aufrechterhaltung von NATO's militärischer Stärke trotz des Abzuges britischer Truppen aus Deutschland. Auch wenn England diese Demobilisierung verlangsamt, ist diese Frage dennoch praktisch die Kernfrage der künftigen britisch-amerikanischen Beziehungen.

Staatssekretär Dulles und seine Regierung können wenigstens darauf hinweisen, dass ihre Differenzen mit London lokal begrenzt sind und im Übrigen nicht das gesamte Britische Commonwealth erfassen. Diejenige Region der Erde, in der zur Zeit die amerikanisch-britischen Beziehungen gut funktionieren, ist merkwürdigerweise die, in der in der Vergangenheit die Spannungen und Differenzen zwischen London und Washington am grössten waren: im Fernen Osten und im Pazifik. London hat bekanntlich längst Rot-China diplomatisch anerkannt, während Washington nach wie vor an Tschiang-Kai-Schek auf Formosa fest hält; aber man hat sich gleichsam an diesen seltsamen Zustand gewöhnt und vermeidet, sich darüber zu streiten - und so kam es, dass die soeben beendete Ratstagung von SEATO, dem pazifisch-asiatischen Gegenstück zur europäisch-atlantischen NATO, die Anfang März in der australischen Hauptstadt Canberra stattfand, sehr harmonisch und erfreulich verlief und eine ganze Menge gute Arbeit geleistet werden konnte.

Besseres Klima in Fernost

SEATO galt seit ihrer Geburt im Jahre 1954 als der schwächliche kleine Bruder der grösseren und stärkeren NATO, als ein Schmerzenskind der westlichen Diplomatie und militärisch gar als eine totale Fehlgeburt. Zunächst war diese "Süd-ost-Asiatische Sicherheitsorganisation" ja nicht mehr als ein papiernes Abkommen zwischen acht Staaten (USA, England, Frankreich, Pakistan, Philippinen, Thailand, Australien, Neuseeland), die einander versprachen, im Falle von Krisen oder Aggressionen oder kommunistischen Umsturzversuchen sich gegenseitig zu konsultieren: es gab keine gemeinsame internationale Streitmacht, keinen gemeinsamen Generalstab, kein gemeinsames Sekretariat mit seinen ständigen Organen - und die materielle militärische Macht, die hinter den acht Partnerstaaten stand, war mit der, die im Laufe der Zeit von NATO entfaltet werden konnte, naturgemäss in keiner Weise zu vergleichen.

Alles das ist heute anders. Der kommunistische Druck auf Formosa

und die Meerenge von Formosa und auf Südkorea hat nachgelassen, die Länder im pazifischen Raum konnten aufatmen, Zeit gewinnen, neues Selbstvertrauen, gekräftigten Lebenswillen und auch durchdachtere Abwehrbereitschaft manifestieren. An so schwachen Stellen wie Vietnam, Cambodja, Laos und Südkorea haben sich die nicht-kommunistischen Regierungen festigen können und auch wirtschaftlich und sozial einige Fortschritte zu verzeichnen vermocht. SEATO hat jetzt wenigstens ein gemeinsames Sekretariat und ein verbessertes System gegenseitiger Information über kommunistische Infiltrierungsmanöver aufbauen können - und in einigen Ländern, wie den Philippinen und Lamaya, hat die Gefahr kommunistischer Fünfter Kolonnen ganz erheblich nachgelassen. Alles das sind wichtige politische und psychologische Faktoren.

#### Stärkung des Selbstbewusstseins

Vor allem aber hat ein rein technisches Element psychologisch viel zur Besserung der Stimmung und zur Stärkung eines gewissen demokratischen Selbstbewusstseins beigetragen: Das verbesserte Verkehrsnetz, das die amerikanischen Militärstützpunkte auf Hawaii, den Midway-Inseln, auf Okinawa und Wake und allen anderen Stützpunkten am Rande und im Zentrum des Pazifik miteinander verbindet. Dieses Verkehrsnetz ist in der Tat wichtig: Es verkürzt die unübersehbar weiten Distanzen des Pazifischen Raumes, die vorher jedem Australier und Neuseeländer und Philippino und mehr noch den Bewohnern der vielen kleinen polynesischen Inseln das Gefühl der Isolierung, des Verlorenseins, der grossen Vereinsamung gegeben hatten. Heute können die Amerikaner mit ihren mächtigen Flotten von "Globexastern", diesem gewaltigsten aller Riesenflugzeuge, ganze Regimenter gut bewaffneter Infanteristen und ganze Tankkompagnien innerhalb weniger Flugstunden überall hin bringen: und die bloss theoretische Möglichkeit solcher Luftbrücken schafft ein elementares Gefühl von Nähe und Verbundenheit und nicht-mehr-allein-sein. Es ist eine vollkommen neue Grundhaltung aller pazifischen Menschen, aus der sich eine völlig neue politische Lage ergeben hat, allein dank des Fortschrittes der Flugtechnik.

#### Nützliche Pionierarbeit

In dieser verbesserten SEATO-Atmosphäre war es naturgemäss für Staatssekretär Dulles relativ leicht, Amerikas Politik von ihrer besten Seite zu zeigen. Auf den Bermudas, wo Ministerpräsident Macmillan konkrete Fragen vorlegen wird, wo britische Truppenstärke in der Bundesrepublik, amerikanische Garantien für den Verkehr auf dem Suezkanal, amerikanische Waffenkredite für Ibn Saud und Englands Rolle im Bagdad-Pakt und viele ähnliche Fragen zur Debatte stehen - da wird man sich mit einer psychologisch gereinigten Atmosphäre noch nicht zufrieden geben. Dennoch wäre damit schon viel erreicht: Es hat in den letzten Monaten zu beiden Seiten des Ozeans wahre Hassausbrüche gegeneinander gegeben - und mit diesen müsste zunächst einmal aufgeräumt werden. Der friedlich-freundliche Diplomatenkreis am Grünen Tisch zu Canberra mag da recht nützliche Pionierarbeit geleistet haben.

Stoff für einen Thomas Mann

nu, Lübeck

Der "Fall" des Lübecker Jagdpächters Dr. Blöcker hält die norddeutsche Öffentlichkeit in seinem Bann. Er weitet sich immer mehr zu einem Gesellschaftsskandal aus. Er hätte einem Thomas Mann oder einem Ibsen auch heute noch, im Jahre 1957, genügend Stoff für literarische Arbeiten gesellschaftskritischer Art gegeben, wie sie vor der Jahrhundertwende geschrieben wurden.

Der Versicherungskaufmann Blöcker wurde am 31. Oktober 1956 von der Grossen Lübecker Strafkammer zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er im Jahre 1955 den 18jährigen Wilfried Koch mit dem Gewehrkolben in seinem Jagdrevier erschlagen hat, da er ihn für einen Wilderer gehalten haben will. Das Gericht sah darin aber eine vorsätzliche Körperverletzung mit Todesfolge und nahm Blöcker in Haft, wo er sich heute noch befindet, nachdem beide Parteien gegen das Urteil Berufung eingelegt haben.

Der Fall Dr. Blöcker erregte während des Prozesses bereits erhebliches Aufsehen, weil dieser Mann vom Gericht scheinbar nicht "wie ein gewöhnlicher Angeklagter" behandelt wurde. Man liess ihn auf einem ledernen Polsterstuhl sitzen, statt auf der harten Anklagebank, bis sich in der Öffentlichkeit ein Proteststurm erhob. Es bestand damals der Eindruck, dass Dr. Blöcker von der "herrschenden Lübecker Gesellschaftsschicht, die starke Bindungen zur Jägerei hat", gestützt wurde. Das ist auch von fast allen norddeutschen Zeitungen deutlich formuliert worden.

Es ist im Prozess seinerzeit eindeutig geklärt worden, dass der durch Blöckers Kolbenschlag zu Tode gekommene Wilfried Koch weder die Absichten, noch das Gebahren eines Wilderers hatte. Es ist damals auch zur Sprache gekommen, dass dieser Jagdpächter bereits vorher tötlich gegen eine Kindergärtnerin vorgegangen ist, die sich in Blöckers Jagdrevier aufhielt. Das alles hätte ausreichen sollen, um Blöcker zum Schweigen zu bringen und den Landesjagdverband dazu zu veranlassen, sich von diesem Mann zu trennen.

In den letzten Wochen ist aber genau das Gegenteil der Fall.

Erneut hat sich ein Sturm in der Öffentlichkeit gegen den Jagdpächter Blöcker und vor allem gegen den Jagdverband, der, weil die Berufungsverfahren noch schweben, keinen Anlass sieht, sich von diesem Mann zu trennen. Der Landesjagdverband, welcher in gewissen Sinne staatliche Funktionen auf Grund eines Landesgesetzes treuhänderisch wahrnimmt, sah aber auch keinen Anlass, sich von Blöcker zu trennen, nachdem im Lübecker Prozess sein Vorgehen gegen die Kindergärtnerin zur Sprache gekommen war. Stattdessen schloss er zwei seiner Mitglieder aus, die sich in Leserzuechriften an Zeitungen für einen Ausschluss Blöckers aus dem Jagdverband aussprachen. Stattdessen erklärte der Landesjagdverband, dass die Urteilsfindung durch die Pressedarstellung seinerzeit gegen Blöcker beeinflusst worden sei.

Inzwischen hat Blöcker gegen den Beschluss der Lübecker Grossen Strafkammer, ihn auch gegen eine Sicherheitsleistung von 10 000 DM nicht auf freien Fuss zu lassen, Beschwerde eingelegt. Damit wird sich nun das Oberste Landesgericht in Schleswig befassen müssen. Blöcker erklärt dazu, dass er sich nach wie vor völlig unschuldig fühlt und dass ein Fluchtversuch mit seinem Ehrgefühl nicht zu vereinbaren ist. Bei Blöcker handelt es sich offenbar um einen Mann der oberen Lübecker Gesellschaftsschicht, der für warme menschliche Empfindungen keine, aber für die persönlich eroberte gesellschaftliche Position alle Vorstellungen besitzt.

Das sind Dinge, die aber den Landesjagdverband nicht zu berühren brauchen. Er müsste sich schleunigst von Blöcker trennen. Dazu gibt es, unabhängig von dem schwebenden Verfahren, Ansatzpunkte. Falls das nicht begriffen wird, sollte das Landesjagdgesetz, das die Aufgabe des Landesjagdverbandes festgelegt hat, geändert werden. Das ist von dem Führer der Opposition im Kieler Landtag, dem SPD-Fraktions-Vorsitzenden Käber, auch bereits gefordert worden.

Hier irrt Fritz Schäffer

Von Kahr-Ackermann, MdB.

In der Auseinandersetzung um Organisation und Finanzierung von Wissenschaft und Forschung hat nun auch der Bundesfinanzminister mit einem Aufsatz im Bulletin der Bundesregierung eingegriffen. Die Schlussfolgerungen, zu denen Fritz Schäffer kommt, beweisen dabei aufs neue, dass die Bundesregierung weder mit der tatsächlichen Situation auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Forschungsförderung vertraut ist, noch dass sie die Rolle erkannt hat, die Wissenschaft und Forschung in den kommenden Jahren durch die technische und politische Entwicklung zufallen muss. Fritz Schäffer irrt auch, wenn er meint, die deutsche Position auf diesem Gebiet sei keineswegs so rückständig wie behauptet wird, und dass man sich in der Bundesrepublik durch gigantische Auslandszahlen bluffen liesse.

## Die Quelle der Unzulänglichkeiten

Es sind nicht die gigantischen Zahlen bzw. die Milliardenbeträge, die man andernorts für die Wissenschaft und Forschung ausgibt, welche die Befürwortung einer Bundeshilfe für Wissenschaft und Forschung beeindruckt haben. Bedenken haben vielmehr die tatsächlichen Rückstände auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Forschung ausgelöst, sowie die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Tatsache, dass die Karriere auf vielen wissenschaftlichen Fachgebieten für den Nachwuchs aus materiellen Gründen uninteressant geworden ist.

All das scheint der Herr Bundesfinanzminister nicht zu wissen. Vordringlich aber, meint Herr Schäffer, sei eine neue innere Ordnung der für die Wissenschafts- und Forschungsförderung angewandten Haushaltspositionen und eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern. Hier liegt wohl der größte und grundsätzlicste Irrtum des Bundesfinanzministers. Es wäre zwar sehr begrüßenswert, wenn wir in der Bundesrepublik hinsichtlich der Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung zu einer Kompetenzabgrenzung kommen könnten, aber gerade das bisher gehandhabte Prinzip der Trennung zwischen Bund- und Länder-

aufgaben ist mitverantwortlich für die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten. Gerade jetzt, wo sich glücklicherweise die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, dass Fortschritte auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung im engen Zusammenhang mit der Gesamtsituation unseres Bildungswesens stehen, ist die vom Bundesfinanzminister angestrebte neuerliche säuberliche Trennung in Bund- und Länderaufgaben geradezu widersinnig.

#### Länder brauchen Entlastung

Vor allem scheint die Bundesregierung nicht erkannt zu haben, dass die Länder einer dringenden finanziellen Entlastung zu Gunsten des Wiederaufbaus und des Aufbaues ihrer allgemeinen Bildungseinrichtungen bedürfen und dass es deswegen unabdingbar geworden ist, dass der Bund eine Finanzhilfe bei dem immer kostspieliger werdenden Ausbau der Universitäten und wissenschaftlichen Institute ganz allgemein leisten muss.

Die Überlegungen Fritz Schäffers berücksichtigen nicht den ständig wachsenden und notwendigen Zustrom zu unseren Universitäten. Die Zahl der Studierenden wird künftig pro Jahr wohl weiterhin um 20 000 bis 30 000 zunehmen. Selbst bei grösster Anstrengung vermögen die Länder die dadurch anfallenden Mehrkosten für den Ausbau der Universitäten nicht aufzubringen. Es zeigt daher eine völlige Verkennung der tatsächlichen Situation, wenn der Bundesfinanzminister fordert, dass auch in Zukunft die allgemeine Studienförderung, die Vermehrung des wissenschaftlichen Lehrpersonals, die Schaffung neuer Lehrstühle und die zusätzlichen Bauleistungen allein aus den Länderhaushalten bestritten werden müssten.

Die nunmehr vorliegenden Bedarfspläne der Länder zeigen deutlich, dass für eine Reihe von Jahren eine Aufstockung der Kulturausgaben um 70 bis 80 % notwendig wäre. Wenn man auch zugeben muss, dass nicht alle Länder in ihren Kulturausgaben bis an die Grenze des Möglichen gehen, so darf man nicht verkennen, dass auch die Verhältnisse in den Ländern sehr verschieden sind. Würde die Bundesregierung sich Fritz Schäffers Vorschläge zur Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung zu eigen machen, so werden wir weiter auf Jahre hinaus völlig unzureichende Stipendienfonds, keine ausreichende Begabten-

förderung, nach wie vor überfüllte Hörsäle, die Verdrängung von Wissenschaftszweigen, die wenig materiellen Gewinn versprechen, und die Tatsache vor uns haben, dass in armen Bundesländern ein weit geringerer Prozentsatz von begabten Jugendlichen die Universität besuchen kann, als in den wohlhabenden Nachbarländern.

+ - +

### Aus der Tätigkeit der Sozialistischen Internationale

sp - Der nächste Kongress der Sozialistischen Internationale wird in der Zeit vom 2. - 5. Juli 1957 in Wien stattfinden. Vorgeesehen sind Referate über die internationale Lage. Dazu wird Hugh Gaitskell sprechen. Über kollektive Sicherheit und Abrüstung wird Jules Koch, der Abrüstungsexperte Frankreichs bei der UNO, referieren. Das Thema deutsche Wiedervereinigung wird der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Erich Ollenhauer behandeln. Weitere Referate werden sich mit Gemeinsamen Markt, Euratom, europäischer Wirtschaftsrat, mit den sozialistischen Entwicklungen in Latein-Amerika, in Afrika und in West-Asien beschäftigen. Ein Sonderreferat hat die sozialistische Einigung in Italien zum Thema.

\*

Mit Bedauern nahm das Büro der Internationale die Mitteilung seines Vorsitzenden Morgan Philips entgegen, dass er sich auf dem Wiener Kongress nicht mehr zur Wiederwahl stellen werde. Über seinen Nachfolger ist noch nicht entschieden.

\*

Im Anschluss an den Kongress der Internationale ist eine Europa-Reise des Sekretärs der Lateinamerikanischen Abteilung in der Internationale Humberto Maiztegui vorgesehen. Er wird u.a. auch das Hauptquartier der SPD in Bonn besuchen.

\*

Alle Parteien der Internationale wurden aufgefordert, unter Berücksichtigung der individuellen Umstände und Möglichkeiten die Kampagne für die Befreiung der politischen Gefangenen zu unterstützen.



Diese Unterstützung soll jedoch nicht kollektiv von den Parteien, sondern individuell von den Mitgliedern erfolgen.

\*

Das Büro der Internationale empfahl nach einer längeren Diskussion Zurückhaltung gegenüber der "Sozialistischen Europäischen Bewegung für ein Vereintes Europa" zu üben.

\*

Als Tagungsetätte für das nächste internationale Seminar ist die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berg-Neustadt vorgesehen. Die Teilnehmer werden über "Die Vereinten Nationen und der internationale Sozialismus" diskutieren. Das Seminar steht unter der Leitung von Alsing Andersen.

\*

Die Anregung von Kay Ejörk (Schweden) auf der Sitzung des Büros in Kopenhagen vom 2. Dezember 1956, eine Delegation nach Polen zu entsenden, ist Gegenstand weiterer Überlegungen.

\*

Auf der letzten Sitzung des Büros der Internationale wurde beschlossen, die Diskussion über europäische Institutionen innerhalb und zwischen den sozialistischen Parteien fortzusetzen und zu koordinieren.

\* \* \*

#### Die Schweizer Frauen und der Luftschutz

sp - Die sozialdemokratische Partei der Schweiz machte sich eine Forderung der schweizerischen Frauen zu eigen, die sich gegen die Einführung der Zwangsverpflichtung von Frauen für die Hauswehren ausgesprochen hatten. Eine kürzliche Verfassungsänderung macht es durchaus möglich, dass ein solches Gesetz eingeführt werden kann. Die weiblichen Mitglieder der schweizerischen sozialdemokratischen Partei sind aber der Meinung, dass es unfair wäre, einen so schwerwiegenden Schritt zu tun, so lange die Frauen keine Möglichkeit haben, über die Abfassung solcher Gesetze selbst mitzusprechen. Die Parlamentsfraktion der Partei wurde aufgefordert, der Zwangsverpflichtung für Frauen nicht zuzustimmen, wenn ein solches Gesetz im Parlament präsentiert werden sollte. Die Partei beschloss ausserdem, wenn es nötig sein sollte, die Frage einer Zwangsverpflichtung für Frauen einem Volksentscheid vorzulegen. Denn "der absolute Mangel eines gerechten Ausgleiches zwischen Verpflichtung und Rechten in unserer Demokratie kann nicht länger geduldet werden". Inzwischen hat die Schweizer Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Frauen volle politische Rechte in Bundesangelegenheiten geben soll.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel